

**Freie Hansestadt
Bremen
Ortsamt Horn-Lehe**

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
19.11.2015	19.15 Uhr	22.00 Uhr	Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER

ORTSAMT:	I. Köstner, Vorsitzende M. Gagelmann, Protokollführerin
BEIRAT:	siehe anliegende Liste
Gäste:	Herr Feldmann (Revierleiter Polizeirevier Horn) Herr Bulling (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen und Sport)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.09.2015
3. Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung
4. Vortrag über die Kriminalitätsentwicklung im Zuständigkeitsbereich des Polizeireviers Horn
5. Präsentation "Sozialräumlicher Ausbau und Weiterentwicklung der frühkindlichen Förderung und Bildung in der Stadtgemeinde Bremen bis zum Kindergartenjahr 2019/20"
6. Globalmittelanträge
 - *Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich, 30 Umkleidespinde für die Jugendfeuerwehr
 - * Förderkreis der WFO, Beschallungsanlage für schulische und außerschulische Veranstaltungen auf dem Schulgelände
 - * OS Ronzelenstraße, Vogelneestschaukel und Wildholzmikado auf dem Schulhof
 - * Freunde und Förderer der Marie-Curie-Schule e. V., Spielgerätekombination für den Schulhof
 - * Kindergarten Murren e. V., Erneuerung der Spielgeräte des Kindertagesplatzes in der Horner Heerstraße
 - * Initiativantrag Beirat Horn-Lehe, Weihnachtsbäume für die Einzelhandelsgeschäfte in Horn-Lehe
7. Anträge des Beirates
8. Besetzung von Fachausschüssen mit sachkundigen Bürgern
9. Beschluss über die Sitzungstermine im Jahr 2016
10. Mitteilungen des Ortsamtes
11. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Beiratsmitglieder, die Behördenvertreter, die Antragsteller zu TOP 6 sowie die Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Stadtteil.

Frau Hanke möchte einen kurzen Bericht über die Situation der Oberschule Ronzelenstraße bei Belegung durch Flüchtlinge geben.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder äußern keine Bedenken. Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt. **(einstimmig)**

Frau Hanke erklärt, dass es ab Windstärke 10 für die Flüchtlinge in Zelten zu gefährlich sei und eine Evakuierung in feste Unterkünfte erfolgen müsse. Die Oberschule Ronzelenstraße gilt als Evakuierungsstandort für die Zeltunterkunft in der Otto-Hahn-Allee. Im November 2015 wurden zwei Evakuierungen durchgeführt. Die Menschen verbrachten die Nächte in der Aula und in den Fluren der Oberschule. Am Folgetag konnte wegen der Räumung und Reinigung der Unterricht nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden, für die Klassen 5 bis 9 fiel der Unterricht komplett

aus. Dies sei für die Eltern und Schüler ein großes Problem, da Unwetter und Sturmwarnungen im Norddeutschen Raum immer wieder aufkommen könnten. Die Zeltunterkünfte seien einfach nicht geeignet für diese Jahreszeit. Deshalb sollten sie ursprünglich auch nur für drei Monate als Notunterkunft dienen.

Sie schlägt vor, die Oberschule Ronzelenstraße zu entlasten. Andere Standorte seien zu prüfen. Sie schlägt vor, Evakuierungsmöglichkeiten an der Universität zu schaffen. Damit wären die Wege kürzer und in den Schulen würde kein Unterricht mehr ausfallen.

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.10.2015

Beschluss: Das Protokoll wird ohne Änderungswünsche oder Ergänzungen genehmigt. **(einstimmig)**

Zu TOP 3: Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung

- **Sendemasten in der Kopernikusstraße**
Eine Anwohnerin aus der Kopernikusstraße beklagt die vielen Sendemasten und Funkanlagen auf den Gebäudedächern der Kopernikusstraße. Sie wohne 200 m Luftlinie davon entfernt und befürchte gesundheitsgefährdende Auswirkungen. Bei ihr wurden von einem Arzt bereits unerklärbare schlechte Blutwerte festgestellt. Herr Eichner teilt mit, nähere Informationen zu den Strahlenwerten könne man bei der Bundesnetzagentur erhalten. Frau Köstner ergänzt, dass auch das Gesundheitsressort informiere. Herr Mazur teilt mit, beim BUND gebe es eine Arbeitsgruppe, die sich mit Elektrosmog, Sendemasten usw. beschäftige. Auch hier könne sie Näheres erfahren.
- **Abgestorbene Äste auf dem Grundstück Luisental 5 (Seniorenresidenz "Sonnenbogen")**
Eine Bürgerin erklärt, sie sei direkte Nachbarin der Seniorenresidenz im Luisental. Sie beklagt, dass die Seniorenresidenz ihrer Verkehrssicherungspflicht nicht nachkomme. Die Bäume auf dem Privatgrundstück hatten viele abgestorbene Äste, die herunterhingen und nicht entfernt werden. Auch würden viele Äste auf ihr Grundstück rüberwachsen. Es komme nicht nur zur Gefährdung der Bewohner, sondern auch der Mitarbeiter und Besucher der Parkanlage.
Frau Köstner teilt mit, dass das Stadtamt Beschwerden entgegen nehme, wenn es um die Verletzung der Verkehrssicherungspflicht im öffentlichen Straßenland gehe. Hierbei handele es sich aber um ein Privatgrundstück. Sie sichert zu, den Leiter der Seniorenresidenz anzuschreiben und um Klärung des Sachverhalts zu bitten.
- **Bauarbeiten am Pumpwerk/HanseWasser in der Achterstraße**
Ein Bürger habe in der Zeitung gelesen, dass während der Bauphase beim Pumpwerk Horn von HanseWasser der jetzt vorhandene Radweg gesperrt werden müsse. Dies müsse seiner Meinung nach unbedingt vermieden werden.
Frau Köstner teilt mit, dass die Sperrung des Radwegs in der letzten Sitzung des Fachausschusses Umwelt und Verkehr angekündigt wurde. HanseWasser müsse Planungen für die Verkehrsführung beim Amt für Straßen und Verkehr vorlegen. Dort erfolge die Entscheidung, ob es andere Möglichkeiten gibt oder nur eine Sperrung infrage kommt.
- **Verschmutzungen und Sachbeschädigungen des Wanderwegs entlang der kleinen Wümme**
Ein Anwohner beklagt, dass die auf dem Weg aufgestellten Bänke regelmäßig von Jugendlichen und Trinkern genutzt werden. Es komme häufig zu Verschmutzungen und es wurden auch schon Pferde auf der benachbarten Wiese mit Flaschen beworfen. Man mag diesen Weg schon nicht mehr entlang gehen.

Zu TOP 4: Vortrag über die Kriminalitätsentwicklung im Zuständigkeitsbereich des Polizeireviers Horn

Herr Feldmann erklärt anhand einer PowerPoint-Präsentation mit Zahlen aus dem Jahr 2014 die Kriminalitätsentwicklung im Bremer Osten. Er betont, dass es ein subjektives Sicherheitsgefühl und objektives Zahlenmaterial gebe. In Horn-Lehe stelle sich die Sicherheitslage bei weitem nicht so extrem dar, wie es die Schlagzeile im heutigen Stadtteilkurier vermuten lässt. Die Zahlen der Straftaten in Horn-Lehe ähneln dem Jahr 2013. In Horn-Lehe lebe man ziemlich sicher.

Hauptkriminalitätsfelder seien:

- Einbruchdiebstähle aller Art mit Schwerpunkt Wohnungseinbruchdiebstahl
- Diebstahl in aus Kraftfahrzeugen
- Teilediebstahl Kraftfahrzeuge
- Fahrraddiebstähle
- Opfer von Betrügern, Schwerpunkt Ebay

Ein großes Problem seien die Wohnungseinbrüche, Autoaufbrüche und Fahrraddiebstähle. Die Polizei tue alles, um die Zahlen gering zu halten. Problematisch erachten die Mitarbeiter der Polizei, dass es zu viele Versteckmöglichkeiten für Täter gebe z.B. durch hohe Hecken. An dieser Stelle falle die „soziale Kontrolle“ durch Nachbarn, die einschreiten oder die Polizei alarmieren könnten, weg. In der dunklen Jahreszeit würden sich die Einbrüche häufen. In Oberneuland und Borgfeld gebe es wiederum mehr sogenannte "Teile-Diebstähle" aus Autos (Navigationsgeräte, Ausstattungen).

Herr Feldmann teilt mit, dass er sehr viele Vorträge zum Wohnungseinbruchschutz halte und auf Nachfrage auch für weitere Hinweise und Vorträge zur Verfügung stehe. Seinen Erfahrungen zufolge würden viele Einbrüche scheitern oder abgebrochen, wenn Häuser und Wohnungen besser gesichert sind und der Einbruchversuch zu lange dauere.

Die Personalsituation im Revier stelle sich wie folgt dar:

- Öffnungszeiten / Erreichbarkeiten
 - Bürgerservice Montag bis Freitag 9 Uhr bis 17 Uhr
- Personelle Besetzung – insgesamt 18 Personen
 - ein Sachgebiets- /Revierleiter
 - ein Abwesenheitsvertreter für den Sachgebiets- /Revierleiter
 - sechs Kontaktpolizisten in den Bezirken (davon 1 Stelle in Oberneuland vakant)
 - ein Verkehrssachbearbeiter
 - neun Beamte im Revierdienst, davon zwei Frauen
 - das Verhältnis von 18 Beamten zu 48000 Einwohner entspricht einem Verhältnis von einem Mitarbeiter pro 2.700 Einwohner

Seit der Polizeireform ist das Revier tagsüber mit 6 Polizeibeamten und einem Verkehrssachbearbeiter besetzt. Nachts werde der Stadtteil vom Einsatzdienst in der Vahr bestückt. Das Revier in Horn sei auch für die Stadtteile Oberneuland und Borgfeld zuständig, also für insgesamt 48.000 Einwohner. Im Vergleich zu anderen Polizeirevieren hat das Revier Horn die niedrigste Kriminalitätsrate, was unbescheiden auch der Arbeit der Polizei zugerechnet werden dürfe.

Zu den letzten Bränden in Horn teilt Herr Feldmann mit, dass die Ermittlungen hierzu laufen. Es werden Maßnahmen ergriffen, dass so etwas nicht mehr passiert. Derartige Vorkommnisse habe es in den letzten Jahren in dieser Gegend nicht gegeben.

Herr Quaß dankt Herrn Feldmann für die Ausführungen. Die steigende Zahl der Einbruchsdelikte sei beängstigend. Er fragt nach, wie hoch die Aufklärungsquote sei.

Herr Feldmann erklärt, laut Absichtserklärung des Polizeipräsidenten solle im Bremer Osten wieder eine regionale Sondereinsatzgruppe eingerichtet werden. Es bestehe eine hohe Priorität bei der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen bzw. bei der Vermeidung dieser Straftaten. Es

habe bereits eine Festnahme einer Bande gegeben, die über 100 Straftaten begangen haben sollen. Die Aufklärungsquote liege bei 6 Prozent.

Herr Mazur fragt nach, ob es Erkenntnisse/Ursachen der Täter gebe – handelt es sich um professionelle Banden, Drogenabhängige?

Herr Feldmann antwortet, dass es sich in erster Linie um regionale Täter handle. Viele kämen aber auch aus anderen Stadtteilen oder gar aus anderen Städten.

Herr Leidreiter jun. (MdBB) fragt nach, wie lange es dauere, bis eine Polizeistreife am Einsatzort eintreffe und ob die Polizei im Allgemeinen überlastet sei.

Herr Feldmann teilt mit, bei gemeldeten Wohnungseinbrüchen sei die Polizei in acht Minuten am Einsatzort. Bezüglich der Besetzung der Polizei erklärt er, dass die politische Absicht bestand, 264 zusätzliche Stellen zu schaffen. Die Ausbildung der neuen Kolleginnen und Kollegen bedürfe allerdings Zeit. Das Polizeirevier Horn werde bei Einsätzen von den Revieren Vahr und Osterholz unterstützt.

Auf Nachfrage eines Bürgers teilt Herr Feldmann mit, dass die Präsentation aktueller Fallzahlen aus dem Jahr 2015 dem Innensenator obliege. Er sei nicht befugt, Angaben zu machen.

Eine Bürgerin äußert ein schlechtes Empfinden, dass die Straftaten nicht so gering seien, wie von Herrn Feldmann geschildert. Sie nennt als Brennpunkt den Bereich rund um den Hauptbahnhof. Dort habe sie abends Angst, an der Haltestelle zu stehen.

Herr Feldmann erklärt, er könne nur über seinen Bereich berichten. In Horn sei die Lage nicht so schlimm wie am Hauptbahnhof.

Frau Köstner teilt mit, der Beirat habe einen Antrag vorbereitet.

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Inneres auf,

- die Soll-Stärke des Reviers Horn nicht anzutasten und frei werdende Stellen kurzfristig wiederzubesetzen, so dass die Personalstärke des Reviers immer Soll gleich Ist beträgt
- alle bestehenden KOP-Stellen in vollem Umfang zu erhalten und im Bedarfsfall personell kurzfristig wiederzubesetzen
- die Öffnungszeiten des Reviers in der bisherigen Form vollumfänglich beizubehalten

Der Beirat bekräftigt außerdem seine Forderung, das Polizeirevier Horn personell so auszustatten, dass die Personalstärke der von vergleichbaren Revieren entspricht.

Begründung:

Das Horner Revier hat gegenwärtig eine personelle Stärke, die unterdurchschnittlich ist. Im Durchschnitt sind es in den anderen Revieren mit teilintegriertem Ersatzdienst 21 bis 22 Beamte. Legt man die Einwohnerzahl und die Fläche für Borgfeld, Horn-Lehe und Oberneuland zugrunde, ist die Dienststelle das zweitgrößte Revier in Bremen. Dieser Tatsache wird bei der Personalausstattung jedoch nicht Rechnung getragen! Zudem musste das Polizeirevier im Zusammenhang mit einer Vielzahl von neu geschaffenen Flüchtlingsunterkünften für zurzeit ca. 1700 Flüchtlinge, davon ca. 650 jugendliche Flüchtlinge, innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches teilweise in beträchtlichem Umfang zusätzliche Aufgaben übernehmen.

Herr Quaß verliert den Antrag. Die Forderung des Beirates sei es, dass die Sollstärke des Polizeireviers Horn nicht angetastet werden darf.

Frau Hanke ergänzt, die Polizei leiste auch viel Aufklärungsarbeit in den Flüchtlingsunterkünften, besonders bei den Jugendlichen.

Herr Mazur teilt mit, seine Fraktion trage den Antrag mit. Er hält die Forderungen im Antrag für maßvoll.

Beschluss: Der interfraktionelle Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 5: Präsentation "Sozialräumlicher Ausbau und Weiterentwicklung der früh-kindlichen Förderung und Bildung in der Stadtgemeinde Bremen bis zum Kindergartenjahr 2019/20"

Frau Köstner begrüßt zu diesem Punkt Herrn Bulling als Vertreter der Sozialbehörde.

Herr Bulling erörtert, dass das Konzept auf einem Senatsbeschluss von Anfang 2015 beruhe. Einen Bürgerschaftsbeschluss gebe es hierzu allerdings noch nicht.

Bis zum Jahr 2020 solle es eine Versorgungsquote von 50 Prozent bei den 0-3-jährigen Kleinkindern geben, was 967 neue Plätze bedeute. Bei den 3-6-jährigen Kindern soll es eine Versorgungsquote von 98 Prozent und in Zahlen 1497 neue Plätze gesamtstädtisch geben. Es müssten demnach 30 neue Einrichtungen errichtet werden.

Jede Einrichtung für die Kindertagesbetreuung solle ein durchgängiges Angebot für 0 bis unter 6-jährige Kinder anbieten können. Die durchgängige Angebotsstruktur sei dann für Kinder in einer Kita bis zum Eintritt in die Schule. Dies führe dann zu einer Qualitätsentwicklung im Umgang mit Vielfalt, Weiterentwicklung der Kitas und zur Verstärkung der alltagsintegrierten Sprachförderung.

In Horn-Lehe gebe es zurzeit 17 Kita-Einrichtungen. Für 2016 werde in Horn-Lehe der Ausbau des Kita-Standorts in der Riekestraße/Seniorenresidenz und die Erweiterung der bestehenden Einrichtung der ev. Kirchengemeinde Horn „Laubfrösche“ geplant. Die Hortbetreuung solle hingegen abgebaut werden, da Schulkinder mehr in Ganztagschulen gingen.

Frau Hanke betont, Horn-Lehe sei ein wachsender Stadtteil. Es gebe einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Dieser könne bei den jetzt vorhandenen Kitaplätzen aber nicht gewährleistet werden. Auch die vielen Flüchtlingskinder im Stadtteil hätten nach Registrierung diesen Rechtsanspruch. Sie teilt mit, dass laut Frau Pawlik vom Sozialzentrum jetzt schon 60 Kitaplätze im laufenden Kita-Jahr in Horn-Lehe fehlen.

Herr Koppel ergänzt, durch neue Baugebiete, starke Fluktuation und Zuzug vieler junger Familien habe sich Horn-Lehe stark verändert.

Herr Bulling bestätigt, dass eine genaue Zahl der Berechtigten momentan nicht abzusehen sei. Er könne sich nur auf die Zahlen des Einwohnermeldeamtes berufen. Das Konzept müsse immer wieder anhand der neuen Zahlen aktualisiert werden.

Herr Steglich problematisiert, dass durch den Verkauf des alten Ortsamtes in der Berckstraße, in welchem zurzeit eine Interims-Kita untergebracht sei, zum kommenden Kindergartenjahr viele Kitaplätze wegfallen.

Herr Bulling erklärt, die Kinder aus der Kita Berckstraße werden in einer anderen Kita (Fritz-Gansberg-Straße) untergebracht. An der Berckstraße solle aber wieder eine neue Kita entstehen. In den Kitas in Horn-Lehe seien auch viele Kinder aus anderen Stadtteilen untergebracht. Eine Versorgung solle aber zukünftig wohnortnah erfolgen.

Auf Nachfrage teilt er mit, er sei durch Änderung der Strukturen zukünftig in allen Kitafragen zuständig für Horn-Lehe.

Herr Mazur begrüßt die Vorgehensweise, zukünftig immer von Jahr zu Jahr zu sehen, wie die Bedarfe an Kitaplätzen seien. Er problematisiert, dass nur der Ausbau der Kita in der Riekestraße geplant sei. Es sei sehr optimistisch zu denken, dass der Ausbau zum neuen Kindergartenjahr 2016/2017 fertiggestellt sei. Auch vor dem Hintergrund, dass dieser Neubau im Beirat sehr kritisch gesehen werde.

Herr Bulling entgegnet, dass im benachbarten Schwachhausen viele Kitaplätze geschaffen werden, so dass dann auch wieder Plätze für Horner Kinder frei werden. Er bestätigt, dass der Ausbau in der Riekestraße die einzige konkrete Planung sei. Die Planungskonferenz im November 2015 solle vorab sehen, ob die Planungen momentan richtig laufen.

Zu TOP 6: Globalmittelanträge

- 6.1 Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Lehesterdeich, 30 Umkleidespinde für die Jugendfeuerwehr – 3.000 €

Herr Lürßen erklärt kurz, dass ein neues Gerätehaus für die 90 Mitglieder errichtet wurde. Nun fehlen noch Umkleidespinde für die Jugendfeuerwehr.

Auf Nachfrage von Herrn Mazur teilt Herr Lürßen mit, dass für weitere dringend benötigte Spinde auch Anträge in anderen Beiräten gestellt wurden.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder beschließen einstimmig, der Freiwilligen Feuerwehr für die Anschaffung von 30 Umkleidespinden 3.000 € zu bewilligen.

- 6.2 Förderkreis der Wilhelm-Focke-Oberschule, Beschallungsanlage für schulische und außerschulische Veranstaltungen auf dem Schulgelände - 3.400 €

Der Musiklehrer der Schule erklärt, die vorhandene Beschallungsanlage sei veraltet und mittlerweile auch defekt. Die WFO habe ein neues Konzept, unter anderem das Wahlpflichtfach Theater. Hierfür und auch für die Schulband, viele Informationsveranstaltungen für Eltern, Tanzkurse für alle Schüler, Schulfeste etc. werde eine Beschallungsanlage benötigt. Die Miete einer solchen Anlage würde jeweils 600 € kosten, so dass man sich für eine Anschaffung entschieden habe.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder beschließen einstimmig, der Wilhelm-Focke-Oberschule für die Anschaffung einer Beschallungsanlage 3.400 € zu bewilligen.

- 6.3 Oberschule Ronzelenstraße, Vogelnestschaukel und Wildholzmikado auf dem Schulhof

Herr Woyte (Lehrer an der Oberschule und Ansprechpartner für die Schülervvertretung) teilt mit, der Schulhof der Oberschule Ronzelenstraße werde neu gestaltet. Die jüngeren Schüler hätten sich zum Auspowern in den Pausen eine Nestschaukel gewünscht. Ein Ortstermin habe bereits stattgefunden und es wurde vereinbart, eine Nestschaukel und ein Wildholzmikado anzuschaffen. Der Schulhof könne außerhalb des Schulbetriebs auch als öffentlicher Spielplatz genutzt werden. Der Schulverein werde einen Großteil der Summe beisteuern. Beim Beirat solle nun eine Zuschuss in Höhe von 3.000 € beantragt werden. Allerdings fehle für diesen Antrag noch ein vergleichbares Angebot, welches nachgereicht werde.

Frau Köstner schlägt vor, die Beschlussfassung des Beirates über diesen Antrag in das Jahr 2016 zu verlegen.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder vertagen die Beschlussfassung und bitten um die zeitnahe Vorlage eines Vergleichsangebots. (einstimmig)

- 6.4 Freunde und Förderer der Marie-Curie-Schule e. V., Spielgerätekombination für den Schulhof – 8.000 €

Vertreter des Vorstands des Fördervereins teilen mit, dass während der Sommerferien 2015 das Klettergerüst abgebaut wurde. Jetzt hätten die 200 Schüler der Grundschule nur noch eine Nestschaukel zum Spielen. Umweltbetrieb Bremen sehe wegen der Haushaltssperre keine Möglichkeit, ein neues Klettergerüst zu errichten. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 13.000 €. Der Förderverein beantragt deshalb einen Zuschuss von 8.000 €. Herr Quaß erklärt, der Beirat stehe dem Antrag wohlwollend gegenüber. Wegen der knappen Mittel, die dem Beirat jetzt noch zur Verfügung stünden, könne nur ein Zuschuss von 7.700 € gewährt werden.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder beschließen einstimmig, den Freunden und Förderern der Marie-Curie-Schule e. V. für die Anschaffung eines Klettergerüsts 7.700 € zu bewilligen.

6.5 Kindergarten Murrel e. V., Erneuerung der Spielgeräte des Kindertagesplatzes in der Horner Heerstraße

Frau Gröne-Streubel teilt mit, es solle ein großes Spielgerät angeschafft werden, da nur noch eine Wippe vorhanden sei. Alle anderen Spielgeräte seien morsch. Als eingetragener Verein dürfe man nicht viele Rücklagen aufbauen, deshalb sei nur ein Eigenanteil von 5.000 € möglich. Der Antrag wurde allerdings für 2015 zurückgezogen. Anfang 2016 werde man einen neuen Antrag auf Bezuschussung beim Beirat stellen.

Die Beiratsmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

6.6 Initiativantrag Beirat Horn-Lehe, Weihnachtsbäume für die Einzelhandelsgeschäfte in Horn-Lehe – 500 €

Frau Hanke teilt mit, dass der Beirat wie in den letzten Jahren finanzielle Mittel für Weihnachtsbäume zur Verfügung stelle. Die Bäume sollen an Horner Geschäftsleute auf dem Heerstraßenzug verteilt werden.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder beschließen einstimmig (bei einer Enthaltung) dem Initiativantrag auf 500 € für den Kauf von Weihnachtsbäumen für Horner Geschäftsleute zuzustimmen.

Zu TOP 7: Anträge aus dem Beirat

7.1 Installation einer Fahrradampel am Fußgängerübergang mit Ampel über die Horner Heerstraße neben der Einfahrt zur Grundschule Horner Heerstraße

Frau Bäuerlein erklärt den Antrag ihrer Fraktion.

Der Beirat fordert das Amt für Straßen und Verkehr zur Installation einer Fahrradampel am Fußgängerübergang mit Ampel über die Horner Heerstraße neben der Einfahrt zur Grundschule Horner Heerstraße auf.

Begründung:

Jeden Morgen überquert ein Großteil der Schüler der Grundschule Horner Heerstraße auf seinem Schulweg an dieser Ampel die Straße. Gleichzeitig wird der Fahrradweg der Horner Heerstraße zu dieser Zeit von vielen weiteren Schülern auch von anderen Schulen in beiden Richtungen stark frequentiert. Wenn die Fußgänger Grün haben, haben die Fahrradfahrer immer noch freie Fahrt. Es ist aber kaum Platz für die Fußgänger zwischen Straße und Fahrradweg die querenden Radfahrer abzuwarten. Eine, mit der Ampel für den Straßenverkehr gleichgeschaltete, Fahrradampel würde die oft gefährliche Situation für die jüngeren Schüler der Grundschule deutlich verbessern.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder nehmen den Antrag an. (einstimmig)

7.2 Parkplätze für Marktleute an Markttagen in der Wilhelm-Röntgen-Straße

Herr Eichner erklärt den Antrag der SPD.

Der Beirat bittet das Amt für Straßen und Verkehr in Zusammenarbeit mit der Polizei in der Wilhelm-Röntgen-Straße durch entsprechende Beschilderung zwei Park-/Stellplätze an den Markttagen (Donnerstag und Samstag in der Zeit von 6 Uhr bis 14 Uhr) für die Marktbesucher zu reservieren.

Begründung:

Da die Marktbesucher keine festen Park-/Stellplätze haben, stellen sie ihre Fahrzeuge teilweise auf dem Grünstreifen hinter ihren Verkaufsständen ab. Sie vermeiden damit, weite Wege von einem abgelegenen Stellplatz mit teilweise schweren Waren auf den Armen zu laufen. Eine beschilderte Reservierung der Park-/Stellplätze an Markttagen in der Zeit von 6 Uhr bis 14 Uhr kommt den Marktbesuchern entgegen und schützt die kleine Parkanlage hinter dem Wochenmarkt.

Herr Quaß teilt mit, im Koordinierungsausschuss wurde bereits besprochen, den Antrag wegen der rechtlichen Situation im Verkehrsausschuss zu behandeln.

Beschluss: Es wird beschlossen, den Antrag zur Beratung und Beschlussfassung an den Fachausschuss für Umweltschutz und Verkehr zu überweisen. (einstimmig)

7.3 Sanierung des Bodens der Sporthalle der Grundschule Curiestraße

Frau Hanke stellt den Antrag vor. Sie erklärt, sie habe zusammen mit Frau Köstner die Unterkunft besichtigt und war überrascht, dass kein Schutz des Hallenbodens vorgenommen wurde.

1. Der Beirat fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie die Senatorin für Kinder und Bildung auf, den Hallenboden der Sporthalle an der Curiestraße unverzüglich nach dem Auszug aller Flüchtling und noch vor der Rückgabe an die Grundschule Curiestraße komplett zu sanieren und dem Beirat hierzu eine schriftliche Zusage ohne Haushaltsvorbehalt vorzulegen.
2. Der Beirat fordert eine schriftliche Bestätigung, dass der Hallenboden vor Belegung mit Flüchtlingen von Immobilien Bremen als „abgängig“ eingestuft wurde.

Begründung:

Nach Information des Lagezentrums bei Soziales erfolgte die Belegung der Halle ohne weiteren Fußbodenschutz, weil der Hallenboden als „abgängig“ eingestuft wurde. Der Hallenboden hätte über kurz oder lang ohnehin erneuert werden müssen. Ein nach intensiver und wohnähnlicher Nutzung geschädigter Fußboden kann andernfalls nicht für den Schulsport genutzt werden.

Herr Quaß ergänzt, der Antrag habe seine Berechtigung. Er habe Informationen von Übungsleitern vom TV Eiche Horn, die die Halle ständig genutzt haben, dass der Hallenboden nicht abgängig war. Ein neuer Hallenboden würde 100.000 € kosten, diese Kosten könnten vermieden werden, wenn der Boden vor Einzug der Flüchtlinge geschützt worden wäre. Hierfür wäre genug Zeit gewesen.

Auf Nachfrage von Herrn Mazur teilt Frau Hanke mit, vom Lagezentrum im Sozialressort kam die Mitteilung, dass der Hallenboden als abgängig eingestuft wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Eichner teilt Frau Huckfeldt (Schulleiterin der Grundschule) mit, ihr war vorher auch nicht bekannt, dass der Hallenboden abgängig sei.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder nehmen den Antrag an. (einstimmig)

7.4 Sanierung Fußweg entlang der kleinen Wümme zwischen Riensberger Straße und Horner Heerstraße

Herr Quaß erklärt den Antrag der CDU. Der Weg befinde sich an vielen Stellen in einem nicht mehr verkehrssicheren Zustand.

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, finanzielle Mittel zur Sanierung des Fußweges entlang der kleinen Wümme zwischen Riensberger Straße und Horner Heerstraße zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit im Haushalt einzustellen. Bei den Sanierungsarbeiten soll die günstigste Variante eines beständigen Belags – z. B. Asphalt – verwendet werden.

Herr Eichner schlägt vor, diesen Antrag im Verkehrsausschuss zu behandeln. Herr Quaß entgegnet, es müsse nicht mehr geprüft werden, ob eine Sanierung nötig sei oder nicht, sondern dass finanzielle Mittel bereitzustellen sind.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder nehmen den Antrag an. (einstimmig)

7.5 Ausweisung eines Stadtteilbudget für den Beirat Horn-Lehe

Herr Steglich erklärt seinen Antrag. Er betont, es bestehe ein gesetzlicher Anspruch auf ein Stadtteilbudget.

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, dass dieser im Rahmen der Haushaltsaufstellung der Stadtgemeinde Bremen für die Jahre 2016/2017 in den zu bildenden Einzelplänen des Ressorts gemäß § 32 Abs. 4 des Ortsbeirätegesetzes entsprechende stadtteilbezogene Mittel (Stadtteilbudgets) für Horn-Lehe ausweist und in die Haushaltsberatungen der zuständigen Gremien der Stadtgemeinde Bremen einbringt.

Begründung:

Der Beirat setzt sich dafür ein, dass die Beiräte in Bremen mit einem eigenen Haushalt (Stadtteilbudget) ausgestattet werden, wie es das 2010 novellierte Ortsbeirätegesetz bereits für stadtteilbezogene verkehrslenkende -, beschränkende und -beruhigende Maßnahmen in Aussicht stellt (§ 32, (4)). In diesem Zusammenhang begrüßen wir die aktuelle Klage des Beirats Schwachhausen, die den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr verpflichten soll, in seinem Haushalt entsprechend den Vorgaben des Ortsbeirätegesetzes ein Stadtteilbudget auszuweisen, über das der Beirat zur Erfüllung seiner ihm übertragenen Aufgaben eigenständig verfügen kann.

Herr Mazur fragt nach, ob geklärt sei, dass der Bausenator allein zuständig sei oder der gesamte Senat?

Herr Steglich entgegnet, im Gesetz gehe es ausschließlich um verkehrslenkende Maßnahmen.

Frau Hanke problematisiert, dass bei einem Stadtteilbudget in verkehrslenkenden Maßnahmen der Beirat die Arbeit des Verkehrssenators machen würde, z. B. auch in Sanierungsfragen.

Herr Eichner ergänzt, der Beirat hole sich damit die Probleme heran. So müsse immer geklärt werden, ob es sich um Hauptverkehrsstraßen oder überörtliche Straßen handle. Er betont, dass die Beiratsarbeit schließlich nur von ehrenamtlichen Leuten gemacht werde.

Herr Quaß betont, der Beirat sei wesentlich vorsichtiger beim Geldausgeben. Fehlentwicklungen sollten vermieden werden. Der Beirat müsse dann allerdings auch Geradestehen für Entscheidungen.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder nehmen den Antrag bei zwei Enthaltungen an.

Zu TOP 8: Besetzung von Fachausschüssen mit sachkundigen Bürgern

Frau Köstner erklärt, die Fraktion ALFA möchte zwei neue sachkundige Bürger für Fachausschüsse benennen. Für die Besetzung von Ausschüssen sei der Beirat als Beschlussgremium zuständig.

Fachausschuss Umweltschutz und Verkehr – Herr Michael Schellong

Beschluss: Zustimmung (einstimmig)

Fachausschuss Soziales, Kultur und Sport – Herr Torsten Schüller

Beschluss: Zustimmung (einstimmig bei einer Enthaltung)

Zu TOP 9: Beschluss über die Sitzungstermine im Jahr 2016

21. Januar	<u>Sommerferien (vom 23.06. – 03.08.2016)</u>
18. Februar	18. August
10. März	22. September
21. April	20. Oktober
19. Mai	17. November
16. Juni	15. Dezember (optional)

Beschluss: Zustimmung (einstimmig)

Zu TOP 10: Mitteilungen des Ortsamtes

Frau Köstner verliest folgende Mitteilungen und Termine:

- Fachausschuss Zukunft, Stadtteilentwicklung und Jugendbeteiligung am 23.11.2015 um 18.30 Uhr im Ortsamt Horn-Lehe
- Einwohnerversammlung zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 86 zur Errichtung eines Studentenwohnheims in der Mary-Astell-Straße am 24.11.2015 um 19.00 Uhr im Theaterraum des Gymnasiums Horn.
- Beseitigung von Laub, Schnee und Eis auf Fußwegen – Ihre Pflicht! Nähere Informationen und einen Auszug aus dem Landesstraßengesetz finden Sie auf der Homepage des Ortsamtes Horn-Lehe unter: www.ortsamt-horn-lehe.bremen.de
- Horner Eiche – Jugendliche benötigen Schulmaterialien (z. B. Rucksäcke und Bleistifte)

Zu TOP 11: Verschiedenes

Frau Hanke fragt nach, wer dafür zuständig sei, dass das Basketballfeld bei der Grundschule Curiestraße von Laub befreit werde, damit die in der Sporthalle untergebrachten Flüchtlinge dort Sport betreiben könnten.

Herr Porthun teilt mit, eigentlich sei hierfür Umweltbetrieb Bremen zuständig. Aber diese würden ihren Pflichten oft nicht nachkommen. Er schlägt vor, dass die jugendlichen Flüchtlinge beim Säubern des Platzes helfen könnten.

Herr Pein (Hausmeister der Grundschule) teilt mit, er habe heute den Basketballplatz von Laub befreit – dies sei aber eigentlich nicht seine Aufgabe.

Frau Huckfeldt ergänzt, die Jugendlichen würden bestimmt beim Säubern des Platzes helfen, sie bräuchten nur geeignetes Werkzeug wie Schubkarren und Rechen. Herr Mazur beklagt, dass viele Autos auf dem Platz parken würden. Außerdem seien die dortigen Gullys verstopft, deshalb entstünden dort immer wieder Pfützen.

Herr Koppel teilt mit, er war in den Flüchtlingsunterkünften "Bunte Eiche" und in der Curiestraße. Problematisch sei, dass die Jugendlichen keinen Unterricht besuchen könnten, weil der Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt sei. Er bittet darum, dass sich der Sozialausschuss mit diesem Problem befasst.

Frau Hanke erklärt, bei diesen Einrichtungen handelt es sich um Notunterkünfte. Wenn die Jugendlichen in einer festen Unterkunft gemeldet seien, dann hätten sie auch ein Anrecht auf einen Schulplatz. Im Januar 2016 solle hierüber im Ausschuss beraten werden.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Stefan Quaß
- Beiratssprecher -

Maren Gagelmann
- Protokollführerin -